

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Postkiste oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Mittwoch, den 14. Mai 1919.

26. Jahrg.

## Unannehmbar!

Die Entscheidung ist gefallen. Die Reichsregierung, die Regierungen der Bundesstaaten, sämtliche Parteien der Mehrheit und alle übrigen Parteien — mit Ausnahme der Unabhängigen — haben gegenüber den Friedensvorschlägen der Entente das Unannehmbar ausgesprochen. In der Tat wüßten wir nicht, was man anderes sagen soll, wenn man sich den Gesamthalt dessen vor Augen stellt, was die Feinde uns zugebracht haben.

Territorial soll Deutschland durch den Friedensvertrag verlieren:

1. Elb-Lothringen.
2. Das Saarrevier. Dieses in der Form, daß nach 15 Jahren die Bevölkerung abstimmt, und wenn sie sich trotz aller inzwischen vorgenommenen Ausweisungen und Zwangsmaßnahmen für Deutschland entscheidet, dann fällt das Saarrevier erst recht an Frankreich, sofern Deutschland nicht genügend Gold hat, um die Bergwerke zurückzukaufen. Deutschland kann aber nicht genügend Gold haben, weil es bis zum Jahre 1951 alles Gold als Kriegsschädigung zahlen muß.
3. Das ganze linksrheinische Preußen. Dieses bleibt bis zur Erfüllung der verschiedenen Vertragsbestimmungen verschiedene lange Zeiträume besetzt. Da aber der Vertrag in seiner Gesamtheit gänzlich unerfüllbar ist, werden die Franzosen nicht lange nach einem Vorwande zu suchen brauchen, um dauernd dort zu bleiben.

4. Im Norden verliert Deutschland von Schleswig mehr als Dänemark haben will. Die dänische Demokratie sträubt sich mit Händen und Füßen dagegen, daß man ihr gewaltsam ein paar Hunderttausend Deutsche ins Land zwingt. Sie will Dänemark als national einheitlichen Staat erhalten. Aber das Sträuben wird ihr nichts helfen: die Entente zwingt Dänemark deutsches Land auf.

5. Die Provinz Posen, die uns ein Axtel des Getreides und ein Fünftel der Kartoffeln für Deutschland haute, fällt bis auf einen winzigen Rest an Polen.

6. Oberschlesien, daß uns Ostdeutschland mit Kohlen versorgte, geht mit einem breiten Verbindungstreifen nach Posen heraus in polnische Gewalt über. Von Abstimmung oder sonstigem Selbstbestimmungsrecht ist nicht die Rede.

7. Der weitaus größte Teil Westpreußens, das ganze Land westlich der Weichsel fällt an Polen. Auch hier wird die Bevölkerung wie eine Hammelherde verschachtet, abstimmen darf sie nicht.

8. Danzig wird als angeblicher Freistaat Polen überliefert.

9. Memel mit breitem Hinterland fällt an den Völkerbund (Lies England). Deutschland wird dadurch von jeder Verbindung mit Rußland abgeschnürt. Der Wirtschaftsverkehr Deutschlands mit Rußland kommt damit auch unter die Kontrolle der Feinde. Die letzte Möglichkeit einer Erholung wird abgewürgt.

Dies sind die wesentlichsten territorialen Bestimmungen. Daß Stettin und Hamburg polnische und tschechische Freihäfen werden, läuft nebenher.

Dazu kommen dann die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen, die wir noch nicht alle kennen, weil in jedem Augenblick aus den 400 Paragraphen des Entente-Vertrages neue Schönheiten zutage treten. Aber einige charakteristische Einzelheiten seien angeführt:

1. Das verhungerte Deutschland soll Vieh an die Entente liefern, insbesondere Milchkuhe. Inzwischen liefert Amerika ein paar Büchsen kondensierte Milch zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit. Heinrich Heines groteskes Sklavenschiff, in dem die Sklaven in Ketten tanzen müssen, um bei guter Gesundheit zu bleiben, wird durch die mörderische Phantastie dieser Ententegehe in den Schatten gestellt.

2. Unsere Hochseeflotte verbleibt der Entente, selbstverständlich kostenlos. Dafür dürfen wir für die nächsten fünf Jahre Schiffsraum in großem Umfange für die Entente herstellen und abliefern. Selbstverständlich kostenlos. Die Herrschaft auf den deutschen Flüssen übt in Zukunft eine internationale Kommission aus, in der Deutschland etwa den fünften Teil der Stimmen bekommt. Die Beherrscher der deutschen Flüsse bleiben dauernd die Ententemächte.

3. Die baren Kriegsschädigungen, die wir zu leisten haben, werden 1921 festgesetzt. Selbstverständlich, ohne daß wir dabei mitzureden haben. Einzwischen haben wir Abzugsleistungen zu leisten. Wenn wir richtig rechnen, 100 Milliarden. Aber in Gold. Wieviel das jetzt in deutscher Valuta macht, läßt sich nicht anrechnen. Schätzungsweise hundertmal soviel als Deutschland leisten kann, wenn jedem Deutschen seine ganze Habe bis auf den letzten Heller weggenommen wird.

4. Außerdem haben wir allen Angehörigen der Entente-Staaten, jeden Schaden an Gesundheit, Vermögen oder Ehre zu ersetzen, der ihm von Deutschland oder seinen Verbündeten zugefügt worden ist. Die deutschen Rechte im Auslande bleiben entschädigungslos eingezogen. Deutschland darf keine Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht

unterstützen, bis es nicht diese Forderungen von Staatsangehörigen der Entente voll befriedigt hat, nicht etwa durch eine bloße Rente, sondern durch Kapitalabfindung. Auf diese Weise sparen wir diese Ausgaben überhaupt; denn ehe wir zum Zahlen kommen, sind die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen längst tot.

5. Anleihezinjen darf Deutschland nicht bezahlen. Weder Kriegsanleihe noch sonstige. Damit sind natürlich alle Kapitalien wertlos und Deutschland kreditunfähig. Jeder einzelne Deutsche auch. Die Kontrolle über die deutschen Finanzen übernimmt die Entente. Ein Vergnügen, das ihr nach diesen Bestimmungen beinahe zu gönnen ist. Sie soll dafür sorgen, daß alle Steuern, mindestens in der Höhe, wie sie in irgendeinem Ententestaat bestehen, auch bei uns eingetrieben werden.

6. Dann kommen die ungeheuren Warenlieferungen. Vor allem Kohle. Es sind insgesamt jährlich etwa 40 Millionen Tonnen, die wir nach Wegnahme des Saarreviers und Oberschlesiens an Frankreich, Italien usw. zu liefern haben. Für Deutschland wird es weder Industrie- noch Hausbrandkohle in irgendeiner zureichender Menge geben. Mit dieser fehlenden Kohle produzieren wir dann die übrigen Waren, zu deren Lieferung an die Sieger wir verpflichtet sind.

Wäre das alles nicht so grauam ernst, ein so fürchterliches Todesurteil über viele Millionen Deutsche, so wäre man immer wieder versucht, darüber zu lachen. Von der Sozialdemokratie, die für Leben und Wohlstand des Volkes kämpft, kann man nicht verlangen, daß sie einwilligt, es zum Hungertode zu machen unter Bedingungen, die jede Wiederaufrichtung ausschließen. Auch sie muß also Unannehmbar sagen.

Aber damit ist wenig getan. Die Entente braucht bloß erneut ihre Hungerpeitsche zu schwingen, und das Ende ist da. Auch der allein mögliche moralische Widerstand des Nichtunterzeichnens wäre nur denkbar, wenn das ganze Volk darin einig wäre. Das ist nicht der Fall. Abwärts stehen die Unabhängigen, die zwar den Inhalt der Friedensbedingungen verdammen, aber dennoch erklären, daß sie hingenommen werden müssen. Nun muß die Arbeiterschaft der ganzen Welt ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen und unter Anwendung aller Mittel ihr „Unannehmbar“ zum Ausdruck bringen, wenn es ihr je ernst war mit den Beschlüssen ihrer internationalen Kongresse. Die Ententebestimmungen sind ausgeklügelt von raffinierten und rachsüchtigen Diplomaten und imperialistischen Kriegsmännern der Entente-kapitalisten. Die Völker haben dabei nicht mitsprechen. Jetzt haben sie das Wort. Es muß lauten: „Unannehmbar!“

## Friedensfragen.

Ein Teil der deutschen Delegation in Versailles trifft heute in Berlin ein, um dem Kabinett eine unmittelbare Darstellung der Verhältnisse in Versailles zu geben und die Liste der revidierten deutschen Gegenvorschläge vorzulegen.

Die Tatsache, daß man in den Kreisen der Alliierten mit einer Verschiebung des Unterzeichnungstermins rechnet, geht daraus hervor, daß in den letzten Pariser Meldungen der 13. bzw. 15. Juni als der Tag angegeben wird, an dem Wilson seine Rückkehr in die Vereinigten Staaten antreten wird.

Der österreichische Friedensvertrag nähert sich seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit dem deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des ehemaligen Kaisers. Die Klausel sieht die Einleitung von Verfahren vor gegen „militärische Verbrecher“ vor einem internationalen Kriegsgericht. Wie verläutet, wird Südtirol, obwohl es deutschsprechende Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreichenden Schutz gewährt.

Clemenceau erklärte, er werde eine Besprechung über Einzelheiten des Friedensvertrages in der Kammer erst nach der Unterzeichnung des Vertrages durch die Deutschen zulassen. Alle öffentlichen Agitationen gegen den Vertrag werde er als Landesverrat verfolgen lassen. Frankreich werde unter allen Umständen diesen Frieden erhalten und keinen ändern.

Branting, der aus Paris nach Stockholm zurückkehrt, sagte einem Unterredner, er erhoffe noch mehrere Modifikationen des Vertrags. Diese werden so ansehnlich sein, daß Deutschland zustimmen kann. Sicher ist, daß sowohl in Frankreich wie in England die Arbeiterparteien sich gegen den Friedensvertrag in der jetzigen Form, falls er dem Parlament vorgelegt wird, erklären werden. Henderson, mit dem ich die Angelegenheit besprach, war sich ganz klar, daß seine Parteigenossen dagegen Stellung nehmen würden.

Die koreanische Delegation hat an die Friedenskonferenz das Erluchen gerichtet, den Vertrag von Seoul vom 22. August 1910, durch den Korea an Japan angegliedert wurde, aufzuheben. Das Erluchen Koreas ist im Namen der vorläufigen republikanischen Regierung und im Namen von 18 700 000 Koreanern unterbreitet.

## Ein Wort an Amerika.

Reichspräsident C. B. E. gewährte einem Vertreter der „Association Press“ eine Unterredung, deren schriftliche Festlegung lautet:

Die Kundgebung, die ich hiermit durch Sie an die amerikanische Öffentlichkeit richten, bedeutet eine moralische Kriegserklärung des neuen Deutschland an das ganze übrige gezelebene System der alten internationalen Politik.

Das deutsche Volk zertrümmerte die Herrschaft der Gewalt und Unwahrscheinlichkeit bei sich zu Hause. Es tat das nicht, um die Hand dazu zu bieten, daß dieses selbe System in sinnlos gesteigerter Form der ganzen Welt die Zukunft diktiert. Deutschland legte die Waffen und Rüstungen ab, als es vor einem halben Jahre in diesem Kampf eintrat. Deso stärker und stiller gerüstet tritt es heute für diese Ziele gegen eine Welt von Feinden auf den Plan. Es pflanzt das Banner mit den 14 Punkten, das Wilson aufeinander im Stiche ließ, auf, und es heißt, daß das amerikanische Volk diesen tieferen Sinn der neuen Auseinandersetzung, die jetzt anhebt, richtig erfassen wird. Das Ausbleiben eines sofortigen elementaren Ausbruches allgemeiner Empörung im ganzen deutschen Volke ist das charakteristische Zeichen für die Wirkung, welche die Bekanntgabe der Friedensbedingungen ausübte. Als war im Augenblicke wie niedergedrückt. Man hatte das Gefühl, als ob man mit einer schweren Keule untermüdet einen Schlag über den Kopf erhielt, der im Augenblicke die Aktionsfähigkeit vollständig lähmte. Ich sage ausdrücklich: der Schlag traf das deutsche Volk unerwartet und unvorbereitet und deshalb wirkt er umso stärker. Nach all den Erklärungen und Versicherungen, es solle ein Frieden des Rechts, der Gerechtigkeit, der Versöhnung und der Verbrüderung der Völker geschlossen werden, konnte das deutsche Volk auf ein derartiges, ungeheuerliches Dokument nicht gefaßt sein. In der ganzen Weltgeschichte wird man seit Rom und Karthago vergeblich nach Friedensbedingungen suchen, in denen der Wille zur völligen Vernichtung des Gegners so voll kalter Grausamkeit und Raffiniertheit ausgedrückt wurde.

Der Entwurf, den man uns vorlegte, wirkt zugleich entsetzender und abstoßender. Er bedeutet nicht nur eine Verbeugung, sondern sogar eine vollständige Regierung des von Wilson aufgestellten Friedensprogramms der 14 Punkte, dieses Programms, auf dessen Verwirklichung wir vertrauten und worauf uns nach der Note Lansing vom 5. November 1918 das Recht zuteilt. Ich habe die Schrift über Wilson und den Rechtsfrieden vor mir, und da ist in seiner Botschaft vom 2. Januar 1917 an den Senat ein Wort von der Notwendigkeit eines „Friedens ohne Sieg“. Der Präsident sagt: „Der Sieger darf nicht dem Besiegten seine Bedingungen aufzwingen. Sie würden in Erniedrigung und unter dem Zwange und unter unerträglichen Opfern angenommen werden. Sie würden einen Schapel der Rachsucht und Bitterkeit zurücklassen, sodas ein solcher Frieden nicht auf fester Grundlage, sondern nur wie auf Treibsand ruhen würde“. Nur ein Frieden zwischen Gleichen kann von Dauer sein.“ Wo ist in dem Friedensentwurf, den Wilson mitunterzeichnet, auch nur eine Spur all der großen Ideale, die er auskallte?

Auf die Note des Papstes antwortete Wilson am 27. August 1917: „Der Friede ist nicht gesichert, wenn er sich gründet auf politische oder wirtschaftliche Beschränkungen, die einigen Nationen zugute kommen, andere jedoch hemmen und lähmen.“ Wann ist jemals seit 2000 Jahren einem Volke ein Frieden angeboten worden, der so systematisch auf seine völlige Körperliche und geistige, und auf seine materielle und moralische Vöhmung für alle Zukunft ausging? In der Botschaft an den Kongreß vom 4. Dezember 1917 sagt Wilson: „Das entscheidende Unrecht, das in diesem Kriege begangen worden ist, darf nicht dadurch gutgemacht werden, daß gegen Deutschland und seine Verbündeten ein ähnliches Unrecht begangen wird. Die Welt wird das Begehnen eines ähnlichen Unrechts als Mittel zur Wiedergutmachung und Neuregelung nicht dulden.“ Das ganze deutsche Volk hofft, daß die Welt das nicht dulden wird. Erwartungsvoll hört es bereits die ersten Stimmen aus der englischen und französischen Arbeiterschaft. Es setzt keine Hoffnung auch auf diese Vorböten einer neuen und besseren Gestaltung der Welt, aber gleichzeitig erklärt es, daß, unabhängig von dem, was andere tun, es selber ein solches Unrecht nicht dulden wird. Es beginnt erst, aus der Synopse zu erwachen, in die es unter Ausnutzung seines tiefen ersten Vertrauens auf die Wahrhaftigkeit des von Wilson aufgestellten Programms seiner 14 Punkte verlockt ist. Das Erwachen wird juchend sein, und wir alle sehen ihm mit Bangen entgegen. Noch will man gegen die falschen und harten Tatsachen an dem Glauben festhalten, der in dem Namen Wilson und Amerika in den Begriffen Versöhnungsfrieden und Völkerbund seinen Ausdruck fand. Man will nicht glauben, daß alles nur ein Irrtum war und daß so mit dem Vertrauen und der Hoffnung eines ganzen Volkes ein in der ganzen Weltgeschichte unerhörtes Spiel getrieben worden sei. Noch jetzt sagen die Optimisten: „Das tut Wilson nicht, das kann er nicht tun.“ Er kann es nicht tun, wenn er weiß, um was es sich handelt. In dem Kulturkampf, dessen Schauplatz der deutsche Osten ist, können Amerika und sein Präsident nicht die Geschichte einer schaffenden staatkundlichen und wirtschaftlichen Arbeit von fünf Jahrhunderten rückgängig machen. Wenn man auf diese Weise die Geschichte rückwärts revidieren will, wo bleiben dann die Rechte der Amerikaner auf Amerika? Wir wollen zu Ehren Americas annehmen, daß nur die völlige Unkenntnis der geschichtlichen, ethnographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ostdeutschlands sie dazu veranlassen konnte, die politischen imperialistischen Phantasien mit kritikloser Sentimentalität zu übernehmen. Noch wünsche und hoffe ich und alle, die heute die fürchterliche Last der Verantwortlichkeit für die zu treffende Entscheidung auf sich nehmen müssen, daß diejenigen, die unerbittlich immer noch ihre Hoffnungen auf Wilson und Amerika setzen, sich nicht betrogen sehen. Wir wünschen und hoffen noch immer, daß die junge deutsche Republik an die ältere Schwesterrepublik Amerika nicht vergebens appellierte. Stellt sich die amerikanische Demokratie wirklich auf den Standpunkt dieser Friedensbedingungen, so macht sie sich zum Genossen politischer Expreser. Sie gibt den Grundlag „fair play“ auf und zieht das hohe Ideal der wahren Demokratie in den Staub.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Ebert zum Friedensvertrag.

Reichspräsident Ebert machte auch einem Mitgliede der „Vorwärts“-Redaktion Mitteilungen über die Friedensfragen. Er betonte, es sei sicherlich bei Abfassung des Entwurfs kein Nationalismus oder Sozialpolitik geübt worden. Sonst hätte er anders ausfallen müssen. Eine sachliche Verhandlung mit den Deutschen sei unbedingt notwendig. Man kann die komplizierten Probleme der Wirtschaft nicht mit Gewalt lösen. Das haben wir unsern Spartakisten immer vorgehalten. Würde man den Vertrag machen, die Friedensbedingungen der Entente durchzuführen, so würde Deutschland durch Sterblichkeit und Abwanderung in kürzester Zeit ein dünnbesiedeltes Agrarland werden. Solange nur ein Rest von Hoffnung bleibt, daß die Vernunft der Völker siegen wird, werden wir kein letztes Wort sprechen. Erst wenn es sich herausstellt, daß man uns diesen ungeheuerlichen Gewaltfrieden aufzwingen will, werden wir unseren Entschluß fassen. Ich für meinen Teil kann nur sagen, ich hoffe, daß das deutsche Volk nicht bereit sein wird, mit einer Lilge in den neuen Abschnitt seiner Geschichte einzutreten. Wir müssen in freier Aussprache endgültig überlegen, was wir zu tun gedenken; kommt es aber zum Handeln, dann darf nicht ein Teil des Volkes dem anderen in den Rücken fallen. Vor allem sollen die Arbeiter bedenken, daß es jetzt um ihr Leben und Höchstes geht; ein zerrütetes Deutschland kann nichts leisten für den sozialen Fortschritt der Welt und für das Wohl seiner arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeiter können, indem sie ihre moralische Widerstandskraft in den Dienst des Volksganzen stellen, Deutschland retten, und ich hoffe zuversichtlich, daß sie es tun.

### Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

Nach Washingtoner Meldungen bestätigt es sich, daß unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die amerikanischen Besatzungstruppen aus Deutschland zurückgezogen und in die Einlieferungshäfen zwecks Ueberführung nach den Vereinigten Staaten gebracht werden sollen. Entsprechende Absichten des Kriegsdepartements mit Zustimmung des Präsidenten Wilson sollen als Expeditions-Streitkräfte mit Einschluß der Okkupationstruppen des Erdbebensgebietes Europa spätestens im kommenden September verlassen haben.

### Die Gefinnung des neuen Deutschlands.

Druckdorf-Kaughan erklärte Anhängern gegenüber u. a.: Wir müssen verlangen, daß die Entente uns Gelegenheit gibt, durch Verhandlungen den zwingenden Beweis für die neue Gefinnung des neuen Deutschland zu liefern. Deutschland rasche keineswegs damit, Meinungsverschiedenheiten seiner Gegner auszunutzen. Es wolle nicht in die Einbreitungsphase früherer Zeiten zurückfallen.

### Oberschlesiens Zukunft unter polnischer Herrschaft.

Noske hat den ober-schlesischen Arbeitern versichert, daß Schlesiens für die Zeit des schwebenden Zustandes vollkommen gesichert wird. Die Truppen sollen aber nur etwaige politische Angriffe abwehren. In Kattowitz sollen bereits französische Ingenieure bereit sein, um nach der Befreiung Ober-schlesiens die Verwaltung der Industrie- und Eisenwerke in die Hand zu nehmen. Die Warschauer Regierung erklärte ober-schlesischen Abgeordneten, daß die Privatwirtschaft aufrecht erhalten und die Kontrolle der Arbeiterschaft beibehalten werden würde.

### Dänemark.

Der Reichstag nahm in geheimer Sitzung mit 124 gegen 30 Stimmen die von dem Abgeordneten Nergaard vorgelegte, vom Staatsminister namens der Regierung und der radikalen Partei und dem Abgeordneten Sigvald Olsen namens der sozialdemokratischen Partei befürwortete Entschließung folgenden Inhalts an: „Indem der dänische Reichstag seine Freude darüber ausdrückt, daß der kommende Friede möglicherweise die nationale Hoffnung des dänischen Volkes erfüllen wird, beharrt er auf seinen Resolutionen vom 23. Oktober 1918 und auf den Wünschen hinsichtlich des Abstinenzgebietes in Schleswig, die von allen Parteien des Reichstages, sowie von den Delegierten und den Repräsentanten des dänischen Wahlvereins in Schleswig den alliierten und assoziierten Regierungen vorgebracht sind. Der Reichstag ist nach wie vor der Ansicht, daß die Bestimmung auf Grund dieser Wünsche die beste Garan-

tie für die nationale Zukunft des dänischen Volkes geben wird.“

### Italien.

Unruhen in Neapel. Neapel war am Freitag der Schauplatz schwerer Unruhen. Im Innern der Stadt tobte ein Kampf zwischen bürgerlichen Soldaten und Volkspolizei, Karabiniers und Gendarmen, bei dem nach einer Sechsstundenlangen Dauer Gebrauch von Dolch und Schußwaffe gemacht wurde. Die Polizei wurde schließlich in die Kasernen gedrängt, wo sie von den Volksmassen und den Sturmtruppen belagert wurde. Es wurden mehr als 2000 Schüsse abgegeben. Der Secolo spricht seine Verwunderung aus, daß nach offiziellen Angaben es nur 15 Verwundete gegeben haben soll. Viele Bürger und etwa 150 Soldaten der Sturmtruppe wurden verhaftet.

### Frankreich.

Die Friedensforderungen der Internationalen. Wie die „Humanité“ berichtet, hat der Vollausschuß der Internationalen Arbeiter-Friedens-Konferenz in Paris dem Rat der Vier einen feierlichen Protest gegen den Friedensvertrag überreicht. In diesem Protest wird gefordert: 1. Deutschland und Rußland müssen von Anfang an in den Völkerbund aufgenommen werden. 2. Die Alliierten sollen feierlich erklären, daß sie nach Deutschland einerseits abzurufen und daß sie auf jede Politik des Militarismus und der strategischen Grenzen verzichtet werden. 3. Die Befreiung Polens wird begrüßt, aber gegen die Vergewaltigung deutscher Bevölkerungsteile und Abtrennung Ostpreußens wird die stärkste Verwahrung eingelegt. 4. Das Recht Frankreichs und Polens auf Kohlenerschließung wird anerkannt, die Bestimmungen über das Saargebiet jedoch als zweideutig und zu weitgehend erachtet. 5. Die Wegnahme der deutschen Kolonien sei nicht eine Befriedigung berechtigter Ansprüche, sondern eine imperialistische Gier. — Ueber die ungeheuerlichen finanziellen Lasten wird kein Wort gesagt.

Ueber die Protestversammlungen der sozialistischen Seine-Föderation gegen den Friedensvertrag wird dem „Vorwärts“ aus Versailles berichtet, daß sie neuerdings die absolute Maßlosigkeit der französischen Sozialisten gezeigt haben. Um dies zu veranschaulichen, habe Cachin in die Regierung Ebert bespöttelt und die baldige Bildung einer Regierung Haacke-Kautsky angekündigt. Der „Populaire“ sei verhältnismäßig beruhigt, nachdem er gehört habe, daß die „Freiheit“ Unterzeichnung für alle Fälle fordert. (1) Die Organe von Comperre Morel und Barenne sind beide zufrieden. Die „Bataille“, das Organ der Demokratie, regt sich zwar über die zwei Toten vom 1. Mai sehr auf, aber der drohende Hungertod von Millionen deutscher Proletarier läßt ihn kalt. Das Organ Combats, „L'Heure“, macht höhnische Bemerkungen, wie z. B.: „Wenn die Deutschen gut geschrien, geweiht und mit den Zähnen geknirscht haben, dann werden sie unterjochen.“ Allerdings sei es zweifelhaft, ob sie ihre Verpflichtungen halten werden, denn dem deutschen Volke seien Verträge ja nichts weiter als ein Fetten Papier. Ehrliche Empörung zeigt die von Carpentier geführte Gruppe des „Journal du Peuple“.

### Kleine politischen Nachrichten.

In Straßburg wurden Maueranschläge für eine Volksabstimmung entworfen und die für Versammlungen bestimmten Stile für militärische Zwecke angefordert.

In den Höfen der Farbwerke sind bereits 17 französische Chemiker tätig. Die französischen Fabrikanten erhalten Zutritt, um die deutschen Methoden kennen zu lernen.

### „Patrioten“.

Die Gelsenkirchener Bergbau-Aktiengesellschaft will ihre Besitzungen auf dem linken Rheinufer an eine französisch-belgisch-luxemburgische Finanzgruppe verkaufen. Diese deutschen „Patrioten“ gehören denselben alldeutschen Kreisen an, die während des Krieges die Regierung in Eingaben bestärkten, Langmy-Brien, die flandrische Küste und sonst noch was zu annektieren. Der Verzicht auf diese Annektionen wurde als Ehrlos, ein Friede ohne diese Landstriche als ehrlöser Versäufnis bezeichnet. Das waren dieselben Claque, die Ludendorff, wie wir heute wissen, zu seinem Kaiserstuhl um des Reiches Bestand getrieben haben. Damals wurden von ihnen alle Leute beschimpft, die sich gegen die Annektionen stemmten; dieselben Gemütsmenschen waren es, die Scheidemann und Ebert „auf den Sandhaufen stellen“ wollten wegen ihres Kampfes gegen die Annektionen.

Und heute sind dieselben Ueberpatrioten froh und stolz genug, um deutsches Land, deutsches Gemeineigentum, deutsche Hoch-

hoffquellen den Gegnern in die Hände zu spielen. Sie offenbaren damit, welche hodenlose Heuchelei ihre früher markierte „nationalistische“ Gefinnung war. Sie waren nur so lange „Patrioten“, als ihnen im Kriege, wie schon vorher, reiche Geminne und Ausbeutungsmöglichkeiten in Aussicht standen. Jetzt konspirieren sie mit dem „feindlichen“ Kapitalismus, der ihnen jederzeit näher stand als das arbeitende Volk in Deutschland. Sie fragen den Teufel danach, wie Deutschland den Aufbau seines neuen Wirtschaftslebens gestalten soll. Sie schreien über Länderraub der Entente und machen dem „Erbsfeind“ zu gleicher Zeit eine Werkaufferte!

Nicht minder bezeichnend ist auch eine Meldung aus Flensburg, die die Presse bringt: Die Flensburger Handelskammer hatte eine Abordnung nach Kopenhagen geschickt mit einem rein wirtschaftlichen Auftrage. Bei dieser Gelegenheit hat der Führer der Abordnung, ein Kommerzienrat namens Hübsch, in Kopenhagen erklärt, daß in Flensburg allgemein der Wunsch nach Anschluß an Dänemark bestehe. Die Flensburger Handelskammer hat zwar gegen diese Behauptung protestiert, aber es liegt eine Eingabe von über hundert Geschäftsleuten aus Flensburg und Umgegend an die Ententemächte vor, in der aufgefodert wird, daß die deutsche Stadt Flensburg und noch südlich davon gelegenes Landgebiet an Dänemark angegliedert wird. Die „deutschen“ Geschäftsleute von Flensburg wollen dänisch werden, weil der nördliche Teil Schleswigs dänisch werden soll und sie dort ihre geschäftlichen Beziehungen nicht verlieren wollen. Auch diese „Patrioten“ sind größtenteils bekannte frühere alldeutsche Hurraßtreier.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Das ist nicht verwunderlich. Uns Sozialdemokraten aber hat man früher nicht glauben wollen, daß die Ratten — Ratten sind.

### An die Genossenschaft aller Länder!

Der von den Vertretern der Verbandsmächte in Versailles den Vertretern des deutschen Volkes vorgelegte Friedensvertrag verliert als Ganzes wie in zahlreichen Einzelheiten in so unerhörter Weise gegen alle genossenschaftlichen Anschauungen, Grundsätze und Bestrebungen, daß er den allerhöchsten Widerspruch nicht nur der deutschen, sondern aller aufrichtigen Genossenschaft der ganzen Welt hervorrufen muß.

Aus deutschem Gebiete sollen große Teile alten deutschen Kulturlandes mit ungeweihter rein deutscher Bevölkerung wider deren Willen und unter schlimmster Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen herausgerissen, jahrhundertalte, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge sollen gewaltsam gerißt, und das deutsche Volk, soweit es nicht irgendeinem Staate zwangsweise zugeteilt wird, soll auf unabsehbare Zeit zum Proletariat des schrankenlosen imperialistisch-unehrlichen Kapitalismus erniedrigt werden.

Ein solcher „Friede“ würde den geplanten Völkerbund zu einem widerwärtigen Zerbröckeln einer Völkergenossenschaft herabwürdigend und der Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens unüberwindliche Hindernisse bereiten. Wie in der einzelnen Genossenschaft die völlige demokratische Gleichberechtigung aller Mitglieder die Voraussetzung ihres gedeihlichen Wirkens ist, so kann auch im Bunde der Völker nur auf der Grundlage einheitlicher wirtschaftlicher Existenzbedingungen und politischer Rechte der Genossenschaftsgedanke sich fruchtbar betätigen und den friedlichen Wettbewerb der Völker in leistungsfähiger Kulturarbeit sichern.

Die Genossenschaftsbewegung ist antikapitalistisch; ein Friede, der ein Volk von 65 Millionen Menschen ungehemmter, dauernder kapitalistischer Ausbeutung preisgibt und ihm zugleich alle Möglichkeit raubt, sich aus dieser Abhängigkeit freizumachen, muß daher als genossenschaftsfeindlich gebrandmarkt werden. Er würde vor allem dem entrechteten deutschen Volke die genossenschaftliche Umgestaltung seiner Volkswirtschaft, deren es zur Erlösung aus seiner Not dringend bedarf, geradezu verweigern.

Die deutschen Konsumgenossenschaften wissen sich eins mit dem ganzen deutschen Volke und befinden diese Uebereinstimmung ausdrücklich, wenn sie erklären, daß der unter Mißbrauch des vom deutschen Volke den Gegnern entgegengebrachten Vertrauens, unter hinterhältigem Bruch gegebener Zusicherungen und im Widerspruch mit Gerechtigkeit und Vernunft geplante Gewaltfriede einen Hohn auf das genossenschaftliche Ideal der Völkervereinigung und des Weltfriedens und eine dauernde, unzerstörliche Gefahr für diese darstellt, deren Abwendung sittliche Pflicht aller human und ehrlieh denkenden Menschen und Völker ist.

Zentralverband deutscher Konsumvereine.  
Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine u. b. H.  
Der Konsumgenossenschaftlichen Arbeitsausschuß zu Hamburg.

### Arbeiterbriefe aus Versailles.\*

4. Mai 1919.

Die deutsche Delegation vertritt die Kontinuität des früheren kaiserlichen Deutschlands, das sich zu einer Republik umwandelt.

Die Reise von Berlin nach Versailles legte die Delegation mit ihrem Personal ohne Zwischenfall zurück. Viele Stunden dauerte die Durchquerung des vom Kriege heimgesuchten Gebietes, zumal der Bahnstamm nur noch dürftig wiederhergestellt ist und der Zug nur sehr langsam fahren durfte. Das eigenartige zerstückelte Gebiet macht einen sehr traurigen Eindruck. Ganze Städte sind so zerstört, daß kaum ein bewohnbares Haus mehr vorhanden und nur ein Trümmerhaufen übrig geblieben ist. Von vielen Dörfern blieben nur die Ruinen der Kirchen übrig, denn auch die Stein- und Holzreste hat man in die Stellungen und Verschützungen, oft tief in die Erde verschleppt. Ganze Wälder sind verwüstet, herrliche Landschaften von zahllosen Gräben durchzogen, die Wiesen zeigen kleine und große Lücken — Granatgeschosse, die von den Panzer- und schweren Artilleriegeschützen, unerschütterlich und unerschütterlich, unendlich viel Dreck. Besonders traurig stimmen viele alte Obstgärten, in denen man — war das wirklich nötig — alte Obstbäume abgepflegt und umgeworfen hat. Sonderbarerweise fehlt man auf große Strecken kein menschliches Wesen, keinen Versuch des Wiederanfauges des alten Lebens, während an anderen Stellen schon wieder reges Treiben herrscht. Aber auch an solchen Orten sind die Häuser nur noch dürftig instand gesetzt und nur selten findet man bearbeitete Gärten oder Felder.

Die Bevölkerung macht, soweit man dies beobachten kann, einen erpöckelten, gleichgültigen Eindruck. In ihr Empfinden dringt durch den traurigen Anblick der ganzen Umgebung aber aber hat auch sie wie in anderen Ländern den Trieb zu regelmäßiger, besonders schwerer, Arbeit verloren?

Das eigenartige Verhalten der Bevölkerung auf unserer Durchreisung haben uns erst die Pariser Zeitungen erklärt: Regierung und Presse arbeiten systematisch und sehr geschickt daran,

\* Leider treffen diese Briefe eines Teilnehmers der deutschen Delegation etwas verspätet ein. Wir wollen sie aber ihrer Bedeutung wegen unseren Lesern nicht versagen, bei denen sie gewiß großes Interesse erwecken. Red.

an sich, der deutschen Delegation jede Bedeutung zu nehmen oder sie lächerlich zu machen. Man will den Eindruck erwecken, daß kein Franzose sich um die Deutschen kümmert, daß alle vollen Vertrauen in Clemenceau haben, der schon allein mit den „Böses“ fertig werden wird. Auch ist befohlen, jeden vor ein Kriegsgesetz zu stellen, der mit einem Mitgliede der Delegation in nichtamtlichem Auftrage in Verbindung tritt. Bekanntlich wird solch ein Verbot in einem absolut militärisch beherrschten Lande, und das ist Frankreich zurzeit in des Wortes vollster Bedeutung.

Eine schwärzliche Mischelung der Reise bildeten die zahllosen deutschen Kriegsgefangenen, die am Bahnstamm beschäftigt waren oder die wir in Transportzügen beobachten konnten. Ihre helle Freude beim Anblick unseres Zuges ist gewiß verständlich. Zwar können wir nirgendwo ein Wort mit ihnen wechseln — auch uns war jedes Bestreben des Zuges unterlag — aber durch Hülfsleistungen und Winken tauschten wir reich Grüße aus, bis uns auch das durch den französischen Offizier, der den Zug begleitete, verboten wurde. Mehrfach hatten wir inzwischen beobachtet, daß die französischen Wachmannschaften unsere gefangenen Landsleute groß zurechtweisen und zurechttraben, wenn sie aus der Ferne uns zuwinkten versuchten. In einem Falle — in Compiègne — grüßten uns Gefangene aus einem Transportzuge. Ein wahrhaftiger Franzose wurde darüber so erfaßt, daß er mit dem Gewehr auf sie eindrang und einem Soldaten damit direkt ins Gesicht schlug.

Nach dreißigtägiger Fahrt steigen wir in Baucresson aus, einige Kilometer von Versailles entfernt. In Automobilen bringt man uns auf verstaubten Wegen ins Hotel des Rekruten nach Versailles. Einige Soldaten, die in Erwartung eines Trinkgeldes beim Abladen des Handgepäckes behilflich sein wollen, ergötzen sich an einem französischen Verweilen ihrer Vorgesetzten. In einem Falle mußte ein Soldat sogar auf Befehl des entgegenkommenden Offiziers den Koffer eines Deutschen mitten auf der Straße stehen lassen. Französische Soldaten sind keine Diener“, heißt es kurz und bündig.

Abends 10 Uhr langten wir an. Nicht die geringste Erwärmung — weder kalt noch warm — war anzutreiben. Dabei alle Zimmer eisig. Heizmaterial nicht vorhanden, auch keine Beheizung, nicht einmal zum Schmelzen. Erst erst viele Beheizungen erhielten wir nach einigen Tagen Mühselig.

### In der Gefangenschaft.

Unser Hotel wurde vor über 100 Jahren für die Liebhaber der französischen Herrscher errichtet. Zunächst sollten wir nur einen kleinen Platz hinter dem Hotel als „Auslauf“ zur Verfügung haben. Schließlich hat man uns einen größeren Teil des herrlichen Parks überlassen, ihn aber rundherum durch Drahtgäule sorgfältig abgeperrt. Zudem sind eine Anzahl Schußleute zu Fuß und zu Pferde in voller Rüstung stets zwischen uns im Park — natürlich zu unserem Schutze.

Um Platz für uns zu finden, mußte man uns noch zwei kleine Hotels einräumen, die einige hundert Schritte entfernt liegen. Zwischen allen drei Hotels können wir frei verkehren, aber man darf die Bürgersteige auf beiden Seiten durch Drahtgäule von der Straße getrennt, um, wie die Presse mittelt, „die Trottoirs dem Publikum, den Strahendamm aber den Deutschen zu reservieren.“ So wird die Reue der Außenwelt organisiert und unser Eindruck, wir seien Schani-Mogel in einem Hagenbed-Dorfe, bestärkt. Auch an den Parkrändern haust sich oft die Menge der Passanten, um die „Böses“ in der Nähe zu sehen.

Unseren engen Kreis darf niemand verlassen. Einzelne erwidern mit viel Unhöflichkeit die Erlaubnis, in Begleitung eines französischen Beamten einen Laden aufsuchen zu dürfen, um einen dringenden Einkauf zu erledigen. Sonst aber darf niemand hinaus, auch nicht auf dem Wege zwischen den Hotels stehen bleiben u. dgl.

Wir werden nie angedacht, mit sie und da erkund das Schimpfwort „Böses“ oder „Cochon“ (Schwein) hinter uns; einige Male wurden sogar Sekretärinnen von gutgekleideten französischen Frauen auf der Straße so beschimpft. Im allgemeinen zeigt man uns Klübe und Freigiebigkeit, gepaart mit formeller Höflichkeit, in der Art, wie ein Pferd jodelt, die sich im Verkehr zwischen Siegern und Besiegten gebührt.

Mäßigkeiten werden nur zu bestimmten Zeiten serviert. Außerhalb dieser Zeiten sind in unserem Hotel erst neuerdings Zigarren und Getränke erhältlich: eine schlechte Zigarre 5 Fr. (früher 4 Fr.), nach dem jetzigen Kurs 11 Mk.), Likör nicht unter 3 Fr., ordinärer Cognac 5 Fr. usw. Das Frühstück besteht aus Kaffee, Schokolade oder Tee mit Brot, Butter und Marmelade. Dazu kann man besonders bestellen: 2 Eier für 1,50 Fr., zwei Stückchen Schinken für 4 Fr. usw. Die Pension ohne solche Zutaten wird uns mit rund 200 Mk. pro Tag und Person berechnet. Boshafte Leute könnten glauben, man halte uns hier nur deshalb solange hin, um noch ein kleines Geschäft an der Delegation zu machen.

# Uns Siedel und den Nachbargebieten.

Wittwoch, 14. Mai.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Freitag abend 7 1/2 Uhr im Kongresshaus Fünfhausen statt. Es soll Stellung genommen werden zu dem kommenden Parteitag. Ferner soll die Aufstellung von Kandidaten erfolgen. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses mit den Bezirksführern findet Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Der in der Beilage zu Nr. 103 des „Volksboten“ veröffentlichte Entwurf des neuen Organisationsstatuts ist mitzubringen.

## Es kommt der Tag.

Harte Bedingungen haben die Feinde unserer Volksentwicklung. Man will es wirtschaftlich niederhalten auf lange Zeit, seine freie wirtschaftliche Entwicklung zurückdrängen, damit es ewig schreitet in langsameren wirtschaftlichen Bahnen. Können sie das? Können sie, die Menschen sind von Fleisch und Blut, die Entwicklung hemmen, die aus ewigen Gesetzen geboten ist und elementar ist in ihrer Art und Wirkung?

Wie war es mit uns, mit unserer politischen Bewegung als auch unsere Entwicklung imperialistische Macht zu hemmen suchte? Neben mir klein, blieb zurück unser Aufstieg? Oder waren wir es nicht, die jene imperialistische Macht niederwarfen, die jene imperialistische Diktatur für ewige Zeit beseitigten?

Das einzige herrschende Gesetz der Welt ist das Prinzip der Entwicklung, eine ewige, unabänderliche, gewaltige Kraft, gegen die ohnmächtig ist der Mensch und wenn er sich noch so mächtig dünkt. Aufhalten kann er sie wohl auf ihrem Wege, doch sammelt sie dann vor dem Hemmnis ihre strömende Energie, um mit elementarster Gewalt, wenn ihre Zeit gekommen, niederzuerstigen all den Tand, der im Wege liegt, und mit aufgespeicherter Kraft dann um so schneller zu gehen ihren natürlichen notwendigen Weg.

Das Prinzip der Entwicklung aber ist das Streben zur Freiheit der Persönlichkeit in einer Einheit. Darum wurde immer größer der Persönlichkeitsdrang, darum immer größer die Kreise des Zusammenlebens. Und was ist es, das auch wir wollen in unserem Parteikampf? Frei wollen wir sein, körperlich, geistig und sittlich, eine freie Persönlichkeit, nicht nur politisch, auch ökonomisch, auch in unserer Arbeit, die den Kernpunkt unseres Daseins bildet. Und diese Freiheit kann nur gedeihen in einer auf Freiheit gegründeten harmonischen Einheit. Und weil wir so im sozialistischen Kampfe die Träger der natürlichen Entwicklung sind, so sind wir, im Gegensatz zu jenen imperialistischen Totengräbern ihrer eigenen Macht, Faktoren der Entwicklung.

Auch für das Zusammenleben der Völker verlangen wir die Beachtung des ewigen leitenden Prinzips alles Weltseins, auch für die internationale Welt wollen wir die Freiheit von Gleichen in einer Einheit, wie wie unsere Brüder rings in aller Welt. Und wenn der Imperialismus dem zuwider, wenn er die Macht will statt des Rechts, die Faust statt des Hirns und des Herzens, dann wird all die Empörung und Erbitterung, all die neuerwachte Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer sittlichen Welt bei unseren Arbeitsbrüdern überall auf dem Erdenrund voller und weiter machen das Hirn und das Herz und in ihnen ansammeln all die aufgehobene Entwicklungsenergie, bis das Maß voll ist und die Leidenschaft des sozialistischen Herzens überläuft und sie an einem Tage vernichtet, was man glaubte geschaffen zu haben für ewige Zeit.

Die Entwicklung ist das eine Gesetz der Welt, zur Freiheit in Einheit geht ihr natürliches Streben, der Sozialismus ist ihr Träger allein. Und darum werden wir frei sein und glücklich, wenn der Sozialismus in aller Welt frei anerkannt, spricht auch mit noch so vollen Baden der Imperialisten Mund.

Dr. Gustav Hoffmann.

Ueber die Bedeutung der Revolution sprach Herr Dr. Korsch aus Berlin gestern abend im Gewerkschaftshaus. Der Volkskampf, der diese Revolution vorantreibt, soll nach der Meinung des Redners eine Ueberwindung über alle Parteien darstellen. In seinem Schlusswort bekannte sich der Herr als Mitgefühl der Unabhängigen, was er trotz des wissenschaftlichen Anspruches seiner Ausführungen nicht besonders zu erwähnen brauchte. Von einem Kommunismus wurde sogar gesagt, er sei ein vornehmer Kommunismus. Der Redner war dafür, daß der Friedensvertrag unter Protest unterzeichnet werde. Mit Waffengewalt könne das verhungerte Deutschland nichts erreichen. Wir müßten uns vielmehr im Ausland Sympathie verschaffen und dort den Glauben heftigen, daß der Militarismus in Deutschland abgeheftet sei. Bisher sei zu sehr der Machtkampf herausgestellt worden. Die jetzige Regierung triebe auch eine Politik, die in manchen Punkten das Bestreben des Unrechts erwecke. Der Völkerverbund sei ein Zerbstück. Wir müßten aber hinein, um ihn zu verbessern und für uns günstigere Bedingungen schaffen. Wenn Frankreich hohe Entschädigungen fordert, so dürfe man nicht vergessen, daß Frankreich schwer gelitten hätte. Deutschland würde der Lohnarbeiter der Welt. Ein Hoffnungsstimmer sei aber vorhanden, wenn wir die unterdrückten Völker der Welt revolutionieren und im Völkerverbund die Arbeit und die Schätze der Erde sozialisieren. Der Tag wird kommen, wo Deutschland im Völkerverbund das gleiche Recht verlangt wie alle anderen Völker. Die Versammlung war von nur etwa 100 Personen besucht.

Die technischen Vorträge werden morgen fortgesetzt, die von der Oberschulbehörde im Verein mit der technischen Gesellschaft eingerichtet worden sind. In ihnen sollen alle Kreise der Bevölkerung in den Stoff eingeweiht werden, der von ausschlaggebender Bedeutung für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist, in die Technik, die Waren und Rohstoffe für die Ausfuhr liefert, die die Werkzeuge und Werkstoffe zum inneren Aufbau liefert. Herr Maschinenbauingenieur Schneider wird nunmehr seinen Vortrag über: „Die Eisenbahn und ihre Bedeutung für unser Volk“ halten. Die Vorträge des Herrn Baurat Reuschel über: „Die Wasserwege als notwendige Ergänzung der Eisenbahn“, Dr. Ing. Reimpel über: „Die Technik im Seeflugwesen“, Eisenbahndirektor Christensen über: „Entwicklung und Entwicklung der Eisenbahnen“, Baurat Engus über: „Die Bedeutung des Ingenieurs für die Gütererzeugung“ werden dementsprechend alle um eine Woche verschoben, also am 22., 5., 12. und 19. ebenfalls im Johanneum gehalten werden. Alle 5 beginnen aber erst 8 1/2 Uhr, um die Lichtbilder angefertigt vom Tageslicht vorführen zu können.

Wiedereröffnung von Personenzügen. Von Donnerstag, den 16. d. Mts., ab verkehren auf den Strecken der Eutin-Rübecker Eisenbahn wieder die Personenzüge nach dem Fahrplan vom 1. Oktober v. J. mit Ausnahme der Sätze 675 und 684 sowie 119 und 120.

Briefverkehr. Im Verkehr zwischen dem unbefestigten Deutschland und dem Bridentopfsgebiete von Kehl sind, wenn es sich um

wichtige Privatangelegenheiten handelt, in beiden Richtungen auch Briefe zugelassen.

Angezeigte Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat April in 65 Fällen gemeldet. Davon betrafen 46 Fälle (1 tödlich verlaufen) Diphtherie, 18 Scharlach und 1 Typhus.

Einkaufsdiebstahl. Ermittelt und festgenommen wurden 4 Mitglieder der hiesigen Flieger-Schule Blankensee, die eine größere Menge Zylinder gestohlen und außerdem einen Einkaufsdiebstahl in der Montierungskammer ausgeführt hatten, wobei ihnen Wäscheartikel pp. von erheblichem Werte in die Hände gefallen waren. Ein großer Teil des Diebesgutes konnte wieder herbeigekauft werden. Die Käufer desselben dürften sich noch wegen Falscherei zu verantworten haben.

Festgenommen wurde ein in der Schönbäckerstraße wohnhafter Arbeiter wegen Betruges und Unterschlagung. Da der Festgenommene auch einen geladenen Revolver bei sich trug, dürfte er sich auch wegen verbotenen Waffentragens zu verantworten haben. — Ferner nahm man fest einen Arbeiter aus Ottersen, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Einkaufsdiebstahls sträflich verfolgt wurde. — Desgleichen auch einen finnischen Matrosen, der in der Nacht zum 12. d. Mts. Scheinbar ohne begründete Veranlassung, drei hiesigen Arbeitern an der Untertrave mit einem Messer nicht unerhebliche Verletzungen beibrachte.

Warnung vor Fahrraddieben. In letzter Zeit scheinen es Diebe besonders auf Fahrräder abgesehen zu haben, die von ihren Eigentümern achlos auf der Straße oder in Hausanlagen hingestellt werden. Scheinbar haben es die Diebe hauptsächlich auf die heute teuren Bereifungen abgesehen, denn die bisher gestohlenen Fahrräder sind pulvisch verschwunden. Vor den gefährlichen Dieben sei daher gewarnt.

Hamburg. Zur Lohnbewegung der Postausseher und -ausseherinnen wurde in einer Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 11. Mai stattgefundene Versammlung der Postausseher und -ausseherinnen nahm Kenntnis vom Schreiben der Oberpostdirektion vom 10. d. Mts. Die Versammlung spricht ihr Bedauern über die Verzögerung der Behandlung der weiteren Lohnregelung aus und erwartet auf das bestmögliche die endgültige Regelung der weiteren Lohnregelung bis zum Sonntag, 18. Mai 1918, und behält sich ihre weiteren Schritte hierzu vor. Die Verammelten sind sich sehr wohl der politischen Situation bewußt und haben gerade aus diesem Grunde die endgültige Beschlußfassung bis zum kommenden Sonntag ausgezögert. Erwartet wird ferner, daß diese in Aussicht genommene Lohnregelung ab 1. April in Wirksamkeit tritt, um so mehr, als auch die Staatsarbeiter die entsprechende Erhöhung der Löhne mit Rückwirkung ab 1. April erhielten. Ebenso wird erwartet, um nicht noch mehr Erregung in die Massen der Ausseherstrasse zu tragen, Entlassungen in den nächsten 8 Tagen zu vermeiden.“ — Die Lohnbewegung der Zuschneider ist beendet. Die Forderungen sind größtenteils bewilligt. — Den Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel forderte die Betriebsversammlung der Schiffswerft Reichertshausen und der Schiffswerft Stücken Sohn. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß der Abbau der Preise die beste Lohnregelung sei.

Hamburg. Die Hamburger Arbeiterschaft gegen den Weltfrieden. In der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats von Hamburg am Dienstag, dem 14. d. Mts., in der Tagesordnung der Vorsitzende Hilffmeister eine Erklärung ab, in der er dem Erklären der deutschen Arbeiterschaft über die harten Friedensbedingungen unserer Feinde Ausdruck ließ. (Widerpruch bei den Kommunisten.) Schuld an dem Verhungern seien jene, die in den Krieg geführt und während des Krieges weitergeheftet hätten. Die deutsche Arbeiterschaft könne und wolle diesen Frieden nicht annehmen. Sie könne ebensogut untergehen, wie für Chauvinisten und Imperialisten zu arbeiten. Die deutsche Arbeiterschaft legt ihre ganze Hoffnung auf die Arbeiterschaft der uns feindlichen Länder und auf die Internationale, die zusammenzutreten und sich gegen diesen Frieden wehren müßte. In ausländischen Blättern könne man lesen, der deutsche Arbeiter sei faul, weil er nur sechs bis acht Stunden arbeiten wolle. Was den geistlichen festgelegten Achtstundentag anbetrifft, so ist dies eine alte Forderung der gesamten Arbeiterschaft der Welt. Wenn irgendwo Wünsche aufgetaucht seien und durchgeführt wurden, das weniger als acht Stunden gearbeitet werden soll, so hängt dies mit der schlechten Ernährung zusammen, die eine Senkung der Achtstundenschicht nicht überall gestattet. Redner schloß mit den Worten: „Der gesamte Arbeitererrat erklärt, daß unter diesen Bedingungen kein Frieden anerkannt und unterzeichnet werden kann.“

Neumünster. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich auf der Station Eggebeck, nördlich von Lübeck. Dort stießen der Güterzug Nr. 6093 und der Güterzug Nr. 8573 zusammen, wobei kein beladene Güterwagen entgleisten und die beiden Hauptgleise vollkommen sperren. Leider sind bei dem Unfall fünf Beamte der Station Neumünster verunglückt; zwei Personen sind getötet und drei schwer verletzt worden. Tot sind der Zugführer Karl Müller und der Hilfszugführer Komowski. Schwere Verletzungen haben die Zugführer Jürgensen und Ott und der Hilfszugführer Howe davongetragen.

Güstrow. Streik der Angestellten. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung beschlossen die hiesigen organisierten kaufmännischen Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts, in den sofortigen Streik einzutreten, da angefordert einer von den Arbeitgeberern eingenommenen Verschleppungsstaffel alle bisherigen Verhandlungen, die Forderungen der hiesigen kaufmännischen Angestellten konform dem in Schwerin von den Arbeitgebern anerkannten Tarifverträge zu regeln, bis zur Stunde resultatlos verlaufen sind. Der Streik wurde mit 310 Stimmen gegen 2 beschlossen bei 3 Stimmenthaltungen.

Woldegk. Tragödie eines Liebespaars. In einem Logierzimmer des Hotels „Ratseller“ in Woldegk ereignete am 12. d. Mts. ein junger Mann namens Barzel seine von ansehlich zugereichte Geliebte, ein junges Mädchen im Alter von etwa 20 Jahren, und dann sich selbst. Als man die Logierzimmer nachschah, fand man die beiden jungen Leute in Sonnenkleidung tot in ihrem Blute vor. Barzel hielt den Revolver noch in der Hand. Das junge Mädchen ist hier als Reisende für Seife aufgetreten und hat sich als Lotte Sabinski aus Stettin in das Fremdenbuch eingetragen.

Bremen. Ein leichtsinniger Schuß. Ein bedauerliches Unglück richtete ein Arbeiter aus der südlichen Vorstadt an, der nach Spazieren schob. Zufällig wurde ein 8 Jahre alter Schüler aus der Willigstraße, der sich auf dem Nachhausewege von der Schule an der Kornstraße befand, in der Gläubigstraße von einem Geschoss in den Unterleib getroffen und so schwer verletzt, daß er dem Krankenhaus zugewiesen werden mußte. Dort ist er gestern infolge der Verletzungen gestorben.

## Neueste Nachrichten.

Die Preussische Landesversammlung zum Friedensvertrag.

Berlin, 14. Mai. In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung erklärten sämtliche Vertreter der Parteien, daß die Friedensbedingungen unerträglich, unannehmbar und für das ganze Volk unannehmbar seien. Der Zentrumsabg. Herold bezichtigte den Friedensvertrag für Preußen als „grobste eine Hinrichtung“, der Unabhängige Adolf Hoffmann als einen „Salsabstückervertrag“.

## Neue Noten an die Entente.

Berlin, 14. Mai. An die Entente sind drei weitere Noten abgegangen. Die erste erhebt Widerspruch gegen die Entschädigungsbestimmungen des Friedensvertrages und enthält die Befehlsaufgabe des Materials der Kommissionen über die Verantwortlichkeit am Kriege. Die Note behandelt auch die Gebietsbestimmungen des Friedensvertrages. Zur Saarbesatzfrage erhebt die Note das Recht Frankreichs auf Naturalentwädigung an Kohle an und macht den Vorschlag, darüber mündliche Verhandlungen zu führen. Die Note wendet sich weiter gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages.

## An die Beamten der Grenzstaaten.

Berlin, 14. Mai. Das preussische Staatsministerium erteilt an die Beamten und Lehrer der Grenzgebiete die Aufforderung, so lange als irgend möglich auf ihrem Posten zu bleiben, der Bevölkerung zur Seite zu stehen, und ihr durch Zuverlässigkeit ein gutes Beispiel zu geben. Die Beamten und ihre Familien werden von der Regierung geschützt und für ihre Zukunft gesorgt.

## Gefahre Platindiebe.

Düsseldorf, 14. Mai. Drei an dem großen Platindiebstahl auf Zeche Kohlingen beteiligte Personen sind gestern hier verhaftet worden. Das gestohlene Platin wurde in Dortmund ermittelt, wohin es verschoben war.

## Lebensmittel aus Dänemark.

Kopenhagen, 14. Mai. Das dänische Großhändlerkomitee und der dänische Industrieverband haben von dem internationalen Komitee in Kopenhagen die Mitteilung erhalten, wonach die assoziierten Regierungen der Ausfuhr einer größeren Menge von Lebensmitteln aus Dänemark nach Deutschland als in dem dänisch-amerikanischen Handelsvertrag vorgesehen ist, keine Hindernisse bereiten werden. Soweit ein Ausfuhrverbot für Waren besteht, müssen die Großhändler eine Ausfuhrerlaubnis beim dänischen Justizministerium einreichen.

## Kein Angriff auf Rußland.

London, 14. Mai. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause erwiderte Bonar Law, die Stockholmer Meldung, daß die Entente Operationen zu Wasser und zu Lande gegen Petersburg plane, sei unrichtig. Tatsächlich halte sich das britische Geschwader bereit, wie seit langer Zeit, um jeder Lage gewachsen zu sein. Vorbereitungen im obenerwähnten Sinne seien weder getroffen noch gegenwärtig in Erwägung gezogen.

Die englisch-belgische Auseinandersetzung über Deutsch-Ostafrika hat heute begonnen.

## Was wir ersetzen müssen.

London, 14. Mai. Nach einer Kennermeldung wurden im Unterhause folgende Angaben gemacht: Die Zahlen der durch feindliche Handlungen verlorenen Schiffe betragen: Großbritannien 2197 Schiffe mit 7638 602 Brutto-Register-Tonnen, Frankreich 238 (696 345), Italien 230 (742 363), Japan 29 (120 178), Vereinigte Staaten 89 (341 512). Unter den englischen Schiffen befinden sich 236 Passagierdampfer mit 1 387 359 Brutto-Register-Tonnen.

## Eine Abschlagszahlung.

London, 14. Mai. Unterhause. In Beantwortung von Fragen bezüglich Entschädigungen sagte Bonar Law, die Bezahlung von 5000 Millionen sei eine Abschlagszahlung und präjudiziere keineswegs die gesamten Forderungen der Alliierten, die von jeder aktierten Macht vorbereitet werden. Auf die Frage, welche Macht die Alliierten hätten, um die Bezahlung der Obligationen in den kommenden Tagen zu erzwingen, sagte Bonar Law, die Bürgschaften dafür seien in dem Auszug des Friedensvertrages enthalten. Die Alliierten würden weitgehende wirtschaftliche Bürgschaften haben.

## Gold für Lebensmittel.

Paris, 14. April. Die Verhandlungen über Lebensmittellieferungen haben ergeben, daß der Verband auf die Hälfte des deutschen Goldbestandes Anspruch erhebt. Unsere ausländischen Wertpapiere reichen zur Bezahlung knapp für die zwei nächsten Monate.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

## Zur Gasabgabe.

Wir Arbeiter der auswärts liegenden Betriebe ersuchen, die Gasabgabe morgens auskaut um 5, um 10 1/2 Uhr beginnen zu lassen. Da wir um 6 Uhr anfangen und um 5,15 Uhr schon am Arbeitsplatz sein müssen, um mit der Elektrischen nach Kücking, Siems und zu fahren, teilweise auch noch vorher einen weiten Weg zurücklegen haben, müssen wir unsern Kaffee-Gesetz, den wir abends zuvor bereitet haben, kalt hinunterzuschlucken. Dem kann durch obige Uenderung abgeholfen werden. Wir hoffen, daß die Gasanstalt baldigst dahingehend angewiesen wird.  
Karl Herrmann.

## Denk auch an uns!

Da unsere Männer noch immer als Gefangene in Feindesland schmachten und wir Frauen und Kinder hier sehr unter der Not zu leiden haben, möchten wir um Erhöhung der Kriegsunterstützung bitten. Ich bekomme 130 Mk. mit zwei Kindern im Monat. Alles bekommt Feuerungszulage. Warum denkt man an uns Frauen und Kinder nicht? Extrazulagen können wir nicht machen, auf das teure Mehl und den Speck müssen wir verzichten. Die Kinder brauchen Kleidung. Wir Frauen sind total zerlampt mit unseren Kindern. Welcher Anblick ist es für unsere Männer, wenn sie kommen. Man möchte dem Manne doch alles in Ordnung und ohne Schulden übergeben!  
F. Sch.

## Briefkasten.

J. R. Wenden Sie sich in der Angelegenheit des schädlichen Motors an das Polizeiamt.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Blatt 9



# Sommerhüte

Das Eleganteste und Kleidsamste auf diesem Gebiete finden Sie zweifellos in unserer mit den reizendsten Modellen überreich versehenen Putzabteilung. Unsere große Auswahl zeigt Ihnen Formen, die durch ihre apart geschwungene Linie Ihre Bewunderung hervorufen / Farben, unter denen Sie bestimmt den auf Ihr Kleid abgestimmten Ton finden werden. Zart getönte Blumen und Phantasies geben der Form ihre geschmackvolle Note. Die Feinheiten der diesjährigen Sommerhutmode lassen sich am besten durch einen Besuch unseres Putzsalons und durch eine Besichtigung unserer Schaufenster erkennen.

## Rudolph Karstadt

**Saatbohnen**  
verschiedene Sorten zu verkaufen  
2097) A. Cautz, Marktstr. 12

**Glasweiber**  
aller Art off.  
D. Taudnitz, Glasfabrik,  
Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808

**Vorrätig**  
Weißbrot,  
Sauerkohl,  
Salzgurken,  
Süßkorn u. f. w. (208)

**Ludw. Wiegels**  
Fischergrube 60, Fernr. 8647

Wo  
kaufe ich jetzt noch  
gute und preiswerte  
**Möbel**  
auf Teilzahlung?  
Im  
**Möbelhaus  
Kesten**  
Holstenstr. 17 I.  
Billige Küchenschränke  
neu eingetroffen.

**Achtung, Seelente**  
Donnerstag, den 15. Mai,  
abends 7 Uhr: (209)

**Mitglieder-Versammlung**  
bei W. Palm, Untertrabe 47.

**Eilen  
Sie!!!**

und besorgen sich  
**rechtzeitig**  
Eintrittskarten im  
**Zigarrenhaus Buse,**  
Breitstraße 55,  
denn der Vorverkauf für  
das 2. Sonnabend, dem  
17. Mai, anfangende Gast-  
spiel des  
**Zirkus  
Hermann  
Althoff**  
hat heute begonnen,  
**ehe es  
zu spät  
ist.**  
(A. Ka. 4)

**Vorträge der Oberstaatsbehörde  
zu Lübeck im Verein mit der  
Technischen Gesellschaft.**  
Der Beginn der Vorträge  
wird mit Rücksicht auf die vor-  
zuziehenden Lichtbilder von 7 Uhr  
auf 8 1/2 Uhr verschoben. Don-  
nerstag, den 15. Mai: Vortrag  
des Herrn Marine-Baurat  
Schneider über die Eisentechnik  
und ihre Bedeutung für unser  
Volk. (2090)

Infolge erhöhter Herstellungskosten  
sehen wir uns gezwungen,  
den Preis für eine Portion Effen  
vom Dienstag, dem 20. Mai, ab  
auf 40 Pfg. festzusetzen. 2113

**Volksküche. Kriegsküchen.**

**Gaushälterin** ob. Abh. n. u.  
40 J. v. Wfm.  
n. 5 R. z. sofort gesucht. Krieges-  
mitwe n. 1 R. n. ausgeschlossen.  
Persönlich melden  
2102) Georgstraße 29, I.

**Gesucht eine Plätterin**  
2088) Dannewitzstraße 13.

Wir stellen noch zu sofort ein:  
**1 Dreherlehrling,  
1 Formlerlehrling.**  
**H. Rus & Co.,**  
2084) Untertrabe 24/25.

1 oder 2 leere Zimmer mit Koch-  
gelegenheit, von junger Witwe,  
zu sofort oder später gemi. t.  
Ang. u. B. 2 an die G. v. H.  
Hilf zu verkaufen  
**ein Kinderwagen.**  
2103) Steinstraße 11.

Guterhaltene Waschbälge zu  
verkaufen. (2110)

Ein neuer schwarzer eleganter  
Sommerhut zu verkaufen.  
2087) Kronsförder Allee 29, part.

**5-6 Ztr. Runkelrüben**  
zu verk. Str. 5 III. Markt,  
2108) Schwartauer Allee 168.

**Restaurat Schlesierheim**  
Schmiedestraße 3  
E. Lachmann - Geschäftlicher  
Aufsichtl. I. Staatspächter. (2093)

**Maifestzeitung 1919.**  
30 Pfg.  
Infolge Verkehrsstörung verspätet eingegangen.  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.**

Ein Waggon  
**Steingut**  
wieder eingetroffen  
Wir bringen im III. Stock zur Auslage:

**Tafel-Service**  
Kartoffel- und Gemüse-Schalen  
Terrinen- und Salz-Schalen

**Speise-Teller**  
Belegdosen, Butterdosen, Brotplatten

**Kaffee-Tassen**  
Milchköpfe und Krüge

**Tonnen-Garnituren**  
Einzelne Vorrats-tonnen, Essig- u. Oelflaschen  
Salz- und Mehl-Metzen

**Wasch-Service**  
Waschschalen, Wasserkannen, Seifen- u. Zahn-  
bürstenschalen, Nachtgeschirre, Toilette-Eimer

Die Preise sind bekannt niedrig  
Die Qualitäten bekannt gut

## Holstenhaus

G. m. b. H. L. Lübeck.

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteil-  
nehmer und Kriegshinterbliebenen.**  
Sitz Berlin. Ortsgruppe Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonnabend, dem 17. Mai 1919, abends 7 1/2 Uhr,  
in den Zentralhallen, Dankwartsgrube 20.  
NB. Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller  
Mitglieder auch der Hinterbliebenensektion dringend erforderlich.  
2097) Der Vorstand.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Lübeck.

**Außerordentliche  
Mitgliederversammlung**  
am Donnerstag, dem 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr,  
im Konzerthaus Fünfhausen.

Tagesordnung: Abschluß des Lohntarifs.  
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.  
2112) Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Verein.**

**Freitag, den 16. Mai 1919,**  
abends 7 1/2 Uhr,

**Mitglieder-Versammlung**  
im Konzerthaus Fünfhausen.

Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zu den Parteitag; event. Stellung von  
Anträgen.  
2. Aufstellung von Parteitag-Kandidaten.  
3. Sonstige Vereinsangelegenheiten.  
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.  
2104) Der Vorstand.

**Unabh. Soz. Partei.**  
Ortsgruppe Lübeck.

**Mitgliederversammlung**  
am Donnerstag, dem 15. Mai, abds. 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Konferenz in Hamburg.  
2. Verschiedenes.  
2085) Der Vorstand.

**Stadtheater Lübeck.**  
Spielzeit 1918/19. 2101

Mittwoch, den 14. Mai,  
abends 7 Uhr:  
**Traviata.**  
Oper in 3 Akten von G. Verdi.  
Violetta: Frau Kent' Rothaug.  
Germont: Josef Liszewsky  
vom Staatstheater Hannover.  
Alfred: Adolf Trimborn.

Donnerstag, den 15. Mai,  
Anfang 5 1/2 Uhr:  
**Die Meistersinger  
von Nürnberg.**  
Hans Sachs: Kammersänger  
Franz Kronen vom Staats-  
theater in Hannover.

Freitag, den 16. Mai:  
26. Vorstellung im Freit.-Ab.  
**Fidelio.**  
Pizzaro: Alfons Schützendorf  
vom Stadtheater Hamburg  
Jacquino: Josef Haabig vom  
Stadtheater Barmen.



Meinung mehr an die Begleitmannschaften. Zum Beweis dafür, daß Liebknecht in einer Art Verfassungszustand gelassen sei, hat die Verleumdung einen Dr. Simon laden lassen, der in der Nähe Liebknechts wohnte und diesen nahe kannte. Der Zeuge sagt aus, er sei am Neujahrstag abends 11 Uhr mit seiner Frau aus der Stadt heimgekehrt und habe plötzlich Liebknecht einige Schritte vor sich gehen sehen. Er habe zu seiner Frau halblaut gesagt: 'Dort geht Liebknecht. Liebknecht sei daraufhin plötzlich stehen geblieben, habe einen Augenblick gestutzt und sei darauf quer über die Straße gesprungen. (Der Zeuge gebrauchte den Ausdruck 'gehüpft') und habe das Weite gesucht.

Büchsenmacher Baralla wird noch einmal darüber vernommen, ob nach dem Besund der Schußverletzung die Schüsse auf Liebknecht abgegeben sein könnten, während er lief. Der Sachverständige gibt die Möglichkeit zu. — Stadtrat Grühner hat zu der kritischen Zeit noch Militärdienst getan. Am 17. oder 18. Januar hat sich der gestern vernommene Leutnant Sander an ihn mit der Bitte gewandt, auf die Mannschaften einzuwirken, damit sie in der Sache günstig auslagen. Der Zeuge hat dem Leutnant geantwortet, er verfolge ihn nicht. Er müsse ihm seiner Wunsch näher präzisieren. Leutnant Sander hat darauf geantwortet, er meine die Aussagen der Mannschaften darüber, was am dem fraglichen Abend passiert sei. Der Zeuge hat darauf dem Leutnant Sander gesagt: 'Ich bin zufällig Jurist und meine Auffassung geht dahin, daß ich mich einer Verleitung zum Meineid schuldig machen würde, wenn ich in der gewünschten Weise auf die Mannschaften einwirken würde. Leutnant Sander bekennt, daß seine Worte die Auslegung des Zeugen zulassen. Er habe sich an den Zeugen gewandt, damit dieser in der Richtung auf die Mannschaften einwirken solle, daß sie Klatschereien unterlassen, die an die Vorgänge geknüpft würden. Der Zeuge Grühner erwähnt noch eine Bemerkung des Angeklagten Runge, er mache jeden Spottartikeln hin, er könne das, denn die Revolution habe alle Gesetze umgeworfen. Man könne jetzt machen was man wolle. Der Angeklagte Runge erinnert sich dieser Äußerung nicht.

In der Nachmittagsführung wurden zunächst einige Arbeitskollegen des Angeklagten Runge aus den Siemens-Werken vernommen. Sie schildern den Angeklagten als einen leicht erregbaren und nervösen Menschen und bestreiten auf das entschiedenste, daß Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg in dem Werk jemals erschienen sind. Die 76jährige Frau Gabriel, eine Nachbarin des Runge, sagt u. a. aus, daß er sich gut verhalte, wenn ihm einer an den Lippen gefahren ist. Die Ehefrau des Angeklagten berichtet, daß er immer leicht aufgeregt gewesen sei, sowie Ohnmachtsanfälle gehabt habe, bei denen ihm oft der Schaum vor dem Munde stand. Ueber das Familienleben verweigert sie die Aussage. Der Stiefsohn des Angeklagten humpelt auf zwei Stöcken in den Saal und macht dieselben Aussagen wie seine Mutter, will aber nur vor einem Ohnmachtsanfall etwas wissen.

Alsdann erscheint der Bruder des Angeklagten Runge. Vor seinem Erscheinen im Saal wird der Angeklagte selbst hinausgeführt. Wegen des aus dem Zwischenfall am ersten Verhandlungstage bekannten Falles, den die Brüder gegeneinander haben, ermahnt der Vorsitzende den Zeugen, sich bei seiner Aussage, zu der er sich selbst angeboten hat, nicht von Haß, sondern von dem Willen, der Wahrheit die Ehre zu geben, leiten zu lassen. Der Zeuge sagt, daß er oft mit der Frau seines Bruders zusammengekommen sei, daß sie ihm dabei von Gemaltheiten erzählt habe. Der Angeklagte selbst habe ihm erzählt, daß er erst im Herbst 1917 zum Militär zwangsweise eingezogen wurde, weil er dem Einrückungsbehehl nicht Folge geleistet hätte. Im weiteren Verlauf seiner Aussagen fragt ihn der Vorsitzende auf Antrag des Verteidigers, ob der Zeuge schon einmal mit Zuchthaus bestraft sei und dadurch die Fähigkeit verloren habe, vor Gericht zu erscheinen. Der Zeuge verneint das, worauf der Verteidiger beantragt, Ermittlungen nach den Vorstrafen des Zeugen anzustellen. Auf einen weiteren Versuch des Vorsitzenden, von dem Zeugen etwas über seine Vorstrafen zu erfahren, verweigert er die Aussage.

Der Vernehmungszustand des Angeklagten Runge. Die Vernehmung des Angeklagten Runge, die nacheinander einen Schluß auf seinen geistigen Zustand zuläßt, gestaltet sich ungefährl folgendermaßen: Vorl.: Auf welchem Kriegsschauplatz waren Sie? Angekl.: In Romna. Vorl.: Wann? Angekl.: 1915 — 16 — 17. Vorl.: Was haben Sie da gemacht? Gefechte oder den Vorkampf? Angekl.: Ein Gefecht, und wenn wir auf dem Vorkampf waren, so gingen wir vorwärts. Dann will der Angeklagte verstanden sein, zu seinem Truppenteil in die Heimat zurückgekommen und d. u. geworden sein. Bald wurde er aber als k. v. wieder in das Regiment 67 nach Romna gebracht, wo er 1916 den Vorkampf mitgemacht haben will. Vorl.: 1916? Angekl.: Ja. Vorl.: Na, da wissen Sie ja gut Bescheid in der Geschichte des Krieges. Auf alle Fragen antwortete der Angeklagte, bis der Vorsitzende feststellte, daß keine der Antworten mit den Tatsachen übereinstimmt. Von seiner Verwundung jagt der Angeklagte, daß sie durch einen Querschläger in der linken Hand verursacht worden sei. Der Gerichtshof und die medizinischen Sachverständigen stellen aber fest, daß sich an der linken Hand keinerlei Schußnarben befinden. Auf weitere Fragen des Vorsitzenden, woher Runge das E. K. I. habe und wo er es erhalten habe, antwortet er: Bei Romna oder bei Dünaburg. Darauf fragt der Vorsitzende: Wie lange sind Sie von Romna nach Dünaburg marschiert? Wohl nicht lange, was? Angekl.: Drei bis vier Stunden. Hierauf verweist der Vorsitzende bezeichnenderweise auf die weitere Vernehmung des Angeklagten. Aus dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen geht hervor, daß der Angeklagte Runge von Geburt an ein geistig minderwertiger Mensch ist, der ein ureigens und jugendliches Wesen besitzt, eitel und großsprecherisch ist. Seine Stimmung schwankt, geht plötzlich leicht zum Zorn, bald zur Wehmüt über, um gleich wieder ruhig zu sein. Die Tatsache der Erregung allerdings ist bei Runge nicht anders zu beurteilen, als bei einem gelunden Menschen.

Nach Vernehmung einiger Zeugen, die nichts Wesentliches mehr, wird der Jäger Linte vernommen, der ausagt: Es wurde im allgemeinen erzählt, daß Runge der Frau Luxemburg zwei Kolbenschläge verleiht und ein Oberleutnant sie im Auto erschossen habe. Dann wird der Zeuge Grandie, der Hauptbelastungszeuge gegen Oberleutnant Vogel, vernommen. Er wurde zum Transport der Luxemburg kommandiert. Nachdem sie zwei Kolbenschläge empfangen hatte, wurde sie in das Auto gebracht. Oberleutnant Vogel sah links neben Frau Luxemburg, rechts von ihr Weber. Auf dem Vorkampf sah noch rittlings neben den beiden Fahrern ein Unbekannter, ebenso ist dem Zeugen ein zweiter Mann unbekannt, der noch im Auto stand. Der Zeuge erkennt den Angeklagten Vogel auf der Anklagebank gleich wieder. Ueber die Erziehung der Frau Luxemburg sagt er folgendes: Oberleutnant Vogel, der links neben ihm zunächst auf dem Trittbrett stand, zog der Revolver, richtete ihn gegen Frau Luxemburg, konnte aber nicht schießen, weil die Waffe gelockert war. Der Zeuge jagte zu ihm, er solle nicht schießen, worauf Vogel die Waffe entriegelte und den Schuß abgab, Frau Luxemburg hat nach Aufsteh des Zeugen noch gelebt, als sie im Auto lag, denn nachdem der Schuß abgegeben war, wurde der Körper zusammen und rutschte dann etwas vom Sitz. Die Leiche wurde mit einer Decke verhüllt. Vom Kurfürstendam bog das Auto ab und hielt dort irgendwo. Da der Zeuge in Berlin fremd ist, kann er keine nähere Auskunft über die Straßennamen geben. Der Zeuge hat nicht gehört, daß jemand das Auto zum Halten veranlaßt hat, um die Leiche der Frau Luxemburg ins Wasser zu werfen. Er wußte auch nicht, daß sich in der Nähe der Haltestelle Wasser befand, und da er im Auto blieb, während die anderen ausstiegen und den Leichnam mitnahmen, wußte er nicht, daß der tote Körper ins Wasser geworfen wurde. Erst bei der Rückfahrt sagte ihm jemand denn: Die liegt gut. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er den Oberleutnant Vogel nicht kannte, er weiß auch nicht genau, ob er die Abzeichen des Oberleutnants gesehen hat, er glaubt aber bestimmt sagen zu können, daß der Offizier, der auf dem Trittbrett stand, den Schuß abgegeben hat. Er hat diesen Offizier, wie über erwähnt, vor und während der Tat nicht mit

Namen gekannt, bleibt aber habel und behauptet auf das Bestimmteste, daß der auf der Anklagebank stehende Oberleutnant Vogel der Täter ist. Auf Vorhalten des Vorsitzenden, daß der Zeuge bei seiner früheren Vernehmung ausgesagt habe, er habe in der fraglichen Zeit vor dem Eden-Hotel Posten gestanden und auch am nächsten Tage noch nichts von dem Morde erfahren, erwidert der Zeuge, daß er das darum getan hat, um nicht in den Prozeß verwickelt zu werden.

### Zweite Reichskonferenz der Lagerhalter.

Die im Zentralverband der Handlungsgehilfen organisierten, in den Konsumerebenen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen hielten am 6. und 7. Mai in Hannover ihre zweite Reichskonferenz ab. Den Geschäftsbericht gab das Vorstandsmittglied Döhnel. Aus dem Bericht sei erwähnt, daß es dem Zentralverband der Handlungsgehilfen gelungen ist, in verschiedenen Konsumvereinen, so vor allem in denen Rheinland-Westfalens, die Grundgehälter zu erhöhen. Im allgemeinen aber mußten sich auch die Lagerhalter mit dem mit dem Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vereinbarten Teuerungszulagen begnügen. Auch der Wiedereinstellung der im Heeresdienst stehenden Lagerhalter wurde von verschiedenen Konsumvereinen Schwierigkeiten bereitet, deren Befreiung dem Verband viel Arbeit verursachte. Mehrfach mußten sich besonders eingesezte Schiedsgerichte mit dieser Frage beschäftigen. Auch das Tarifamt wird sich nach dem Befassen müssen. Der Berichterstatter erörterte dann die Frage, ob es bei den unausbleiblichen Differenzen, die zwischen Verwaltungen und Lagerhalter entstehen, so vor allem bei Klärung der Mantelfrage, richtiger sei, die Schiedsgerichte beizubehalten oder die ordentlichen Gerichte anzurufen. Er kam zu dem Schluß, daß es nicht angebracht sei, auf eine Befreiung der Schiedsgerichte hinzuwirken.

In der Diskussion wurde die Arbeit des Hauptvorstandes gewürdigt und nur unwesentliche Kritik daran geübt. Im allgemeinen war man mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes zufrieden. Auch an der Redaktionsführung des „Klialleiters“ wurde eine beachtenswerte Kritik nicht geübt. Den Bericht hierüber gab der Redakteur Hartmann, der besonders auf die Schwierigkeit hinwies, die das Generalkommando in den Marken der Redaktion bereitet hatte.

Ueber das Thema: Wie ist das Arbeitsverhältnis der Lagerhalter im neuen Deutschland zu gestalten? referierte ebenfalls Döhnel. In seinem Referate wies der Redner auf das Notwendigste hin, mit dem in Zukunft die Gewerkschaften, aber auch die Konsumgenossenschaften rechnen müssen. Das Mitbestimmungsrecht müsse auch den Lagerhaltern eingeräumt werden, zum Teil sei es schon mit vorgezogen in einem den Delegierten vorliegenden Vertragsentwurf. Dieser Entwurf wurde durch verschiedene angenommenen Anträge abgeändert.

Hervorgehoben sei, daß eine Umfanggrenze von 3000 Mk. festgelegt wurde und die Befreiung und Rückzahlung der Kautions verlangt wurde. Die Kautions sätze die Vereine vor unfaulteren Elementen nicht, sie verschütze nur die „freie Bahn dem Tüchtigen“, der nicht im Besitze einer größeren Geldsumme sei.

Die Konferenz beschloß, das Vorstandsmittglied Döhnel dem Verbandstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen zur Wiederwahl vorzuschlagen. Auch der Redakteur Hartmann wurde wiedergewählt.

### Soziales.

Die gewerksmäßige Stellenvermittlung im Berliner Gastwirtsgebiete ist beieitigt worden. Damit hat, wie der „Gastwirtschliche“ schreibt, für Groß-Berlin — und hoffentlich wird das bald für das ganze Reich zutreffen — die gewerksmäßige Stellenvermittlung, soweit das Gastwirtsgebiet in Frage kommt, für immer ihr Ende erreicht. Ein Uebelstand, gegen den die Gewerkschaften seit Jahren erbitterten Kampf geführt haben, Ungezählte Millionen sind im Laufe der Zeit in die Taschen der gewerksmäßigen Stellenvermittler geflossen. Von großer Bedeutung ist der § 4 der Verordnung, wonach auch die Stellenvermittlung durch private Vereine der gewerksmäßigen Stellenvermittlung gleichgestellt wird. Damit werden in Zukunft alle jene kleinen Winkelvereine unmöglich gemacht, auch die Berliner Gastwirtsvereine durch ihren Nachweis aufgeben müssen. Der gewerksmäßige Sachverwalter der Stadt Berlin wird somit das Monopol der Stellenvermittlung in unserem Gewerbe erhalten. Die Vermittlung ist auf diese Weise generalisiert, wodurch eine klare Ueberblick über den Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Todesurteil.** Das Feldgericht Thorn verurteilte den 18jährigen Pionier Demhold wegen Mordes zum Tode. Demhold war fahnenflüchtig geworden und hielt sich in einem Walde verborgen. Sein Freund, der Pionier Grocholl, brachte ihm jeden Tag Nahrungsmittel. Als er eines Tages bei ihm schlief, tötete ihn Demhold und raubte ihm Kleider und Schuhe.

**Barthes Urteil.** Das Gouvernementsgericht in Libau verurteilte gegen den früheren Libauer Soldatenrat Franke, der am 3. April mit einigen bewaffneten Leuten verurteilt hatte, den Gouverneur v. d. Goltz und den Stadtschreiber im Gouvernment festzunehmen. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Jahren und einem Monat Gefängnis, sieben andere Mitangeklagte zu zwölf bis achtzehn Monaten Gefängnis.

### Aus Nah und Fern.

**Verhaftete Diebe.** Bei der Reichsbank in Bochum erschienen drei Personen, die 700 000 Lei rumänisches Geld zum Wechseln vorlegten. Die festgestellt wurde, handelt es sich um einen Teil der fahnenflüchtigen in Berlin getroffenen 2 Millionen Lei rumänisches Geld. Die drei Personen wurden verhaftet.

**Eine moderne Räuberbande.** Aus Hindenburg wird der „B. J.“ a. W. berichtet: Es vergeht kaum ein Tag, an welchem nicht Raubzüge der Bande Hajos im Kreise Hindenburg gemeldet werden. Seit Wochen hält diese Raubgenossenschaft die Bevölkerung, Polizei und Militär in Oberhieslischen in Atem. Die Bande soll jetzt ungefähr 300 Mitglieder zählen, die in Gruppen von 12 bis 15 Mann in den verschiedensten Orten operieren. Nachweislich verfügt die Bande über eine heillose Organisation. Sie besitzt ihre eigenen Waffenwerkstätten, besonders Handgranaten werden von ihr selbst angefertigt, dazu hat sie einen eigenen Licht-Signaldienst eingerichtet. Bei verhafteten Raubgegnern wurden mehrfach Ketten und Leuchtflugeln vorgefunden. Es ist auch der Nachweis erbracht worden, daß sich die Bande während der letzten großen Unruhen in Berlin aufhielt, um dort ihr gemeingefährliches Handwerk zu betreiben. In der letzten Woche sind von der organisierten Räuberbande vier Mann bei Streifen durch die Polizei erschossen worden.

**Ein unbekannter Täter,** der sich in einem nach Berlin fahrenden Zug befand, gab einen Schuß auf einen passierenden D-Zug ab, wobei ein 15-jähriger Reichsmilitär schwer verletzt wurde. **Grasdel.** In dem märkischen Städtchen Raden wurden der Gefährt Lemmerling und seine Frau ermordet. Die Räuber bestimmten unbekannt.

**Internationale Höflichkeit.** Der Bonner Professor Ernst Lehmann ist, nach einer Meldung des L.-A., vom britischen Kriegsgericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er auf dem Kölner Hauptbahnhof ungeachtet einer dort anhängenden Anschrift und zweimaliger Aufforderung durch einen Offizier, seinen Hut nicht abgenommen hatte.

**Das ausgeplünderte Windischgrätz.** Die „Reichspost“ meldet aus Graz: In der Umgebung von Windischgrätz von den geschlagenen südslawischen Truppenteilen zurückgelassene bolschewistische südslawische Banden drangen in Windischgrätz ein und plünderten die Stadt vollkommen aus. Namentlich die deutsche Bevölkerung ist vollständig an den Verteilung gebracht. Die Einbringlinge verschonten aber auch ihre Landsleute nicht. Das slawische Pfarrhaus wurde vollständig ausgeraubt und nachher in Brand gesteckt. Die Stadt bietet ein gräßliches Bild der Verwüstung.

### Militärfragen.

**Die Disziplinarstrafen in der Reichswehr.** In einem Heere, wie immer es auch geartet sein mag, muß unbedingt Disziplin herrschen, sonst wird das Heer zu einem ziellosen Haufen bewaffneter Leute, die tun und lassen können, was sie wollen. Gegen die alte Disziplin hat sich die Sozialdemokratie stets deshalb gewendet, weil sie das Ziel hatte, einen Willen und Gehorsam zu schaffen. Wir streben an, daß Disziplin und Gehorsam der Vermarkt und der Liebe zur Sache entspringen sollen. Gleichwohl wird man nicht ohne Disziplinarstrafen auskommen können, denn nicht jedes Verstoß gegen die Disziplin kann man zum Gegenstand eines mehr oder minder zeitraubenden Gerichtsverfahrens machen. Als Strafen sollen in Anwendung kommen die verschiedenen Arten von Arrest, Geldstrafen und schließlich die Entlassung aus der Reichswehr. Gegen die willkürliche Verhängung von Disziplinarstrafen schießt erstens das neue Bescheidrecht, das der Bescheid eine abschließende Wirkung zugeht, ferner aber die weitere Vorschrift, daß eine Disziplinarstrafe erst nach Verlauf von 24 Stunden verhängt werden darf. Mancher Vorgesetzte, der in der ersten Aufregung eine Disziplinarstrafe verhängen würde, wird sich überlegen, wenn er erst eine Nacht darüber geschlafen hat und außerdem muß der Mann, der schuldig erachtet, erst Gelegenheit haben, sich zu verteidigen. Damit sind alle erforderlichen Garantien gegen eine willkürliche Verhängung von Disziplinarstrafen gegeben. Die Geldstrafen dürfen sich nur beziehen auf die Zulagen, nicht auch auf die Löhnung, wie die Zulagen natürlich auch in Wegfall kommen, wenn ein Mann Arrest zu büßen muß. Das ist in letzterem Fall keineswegs eine doppelte Strafe, denn die Zulage ist das Entgelt für wirklich geleisteten Dienst, der nicht möglich ist, wenn sich ein Mann im Arrest befindet. Die strafweise Entlassung bezieht sich natürlich nur auf die Reichswehr, bei der künftigen Wehr kommt sie selbstverständlich in Wegfall, denn bei dieser handelt es sich um die Erfüllung der gesetzlichen Dienstpflicht. Man darf annehmen, daß diese Änderungen des Disziplinarstrafensystems alle die Willkür befeitigt, die unter dem alten System so skandalös gewirkt haben.

**Zriedersgebühren für Unteroffiziere und Mannschaften.** Nach einer neuen Verordnung der Reichsregierung erhalten die aktiven Unteroffiziere und die Mannschaften, die über den 30. April 1919 notwendig zurückgehalten werden müssen, als widerruflichen Zuschuß zur Löhnung den Unterschied zwischen Friedenslöhnung und den Betrag, den sie als nichtkämpfende Angehörige der Reichswehr erhalten würden. Sie sind also mit den Angehörigen der Reichswehr finanziell gleichgestellt. Die zurückgehaltenen Mannschaften sind auf einen Monat bei tätiger Kündigung verpflichtet. Die Bewachungskompanien der Kriegsgefangenenlager erhalten ihre bisherigen Gehälter. Die Lazarettkranken werden bezüglich der Gehälter mit den Angehörigen der Reichswehr gleichgestellt.

**Juridischehaltung im Dienst.** Zum Zweck der Demobilisierung dürfen Beamte und sonstige Heeresangehörige noch vier Monate lang im Dienst zurückgehalten werden. Diese vier Monate sind nunmehr verstrichen; die Demobilisationsarbeiten aber noch nicht erledigt. Es ist deshalb verfügt worden, daß das Personal noch weitere zwei Monate zurückgehalten werden kann, wenn Ersatz durch aktives Personal zu stellen nicht möglich ist. Wenn die Feld- und Erlassformationen, denen die betreffenden Leute angehört haben, aufgelöst sind, dann werden sie auf Grund eines Arbeitsvertrages als freie Angestellte behandelt und bezahlt.

**Tagegelde für Unterbeamte.** Durch Erlass vom 15. März 1919 ist den Unterbeamten zu ihren Tagegeldern ein Zuschuß von 2 Mark täglich zugesprochen worden. Diese Zulagen werden nunmehr bis Ende Juli 1919 weiter bezahlt, dann wird darüber entschieden werden, ob sie in Wegfall kommen können.

## Interale

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

### Offseebad Travemünde.

Beginn der Kurmusik und Eröffnung der Seebadeanstalt an der Strandpromenade sowie der Warmbadeanstalt.

**Freitag, den 16. Mai 1919.**

Die Warmbadeanstalt ist bis auf weiteres nur an 2 Tagen in der Woche und zwar jeden Freitag und Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Lübeck, den 12. Mai 1919. (2091)

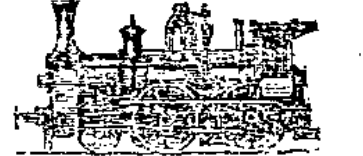
### Die Behörde für Travemünde.

### Waldschule Westoe.

Kinder, die die Waldschule in diesem Jahr besuchen sollen, sind in Begleitung einer erwachsenen Person dem Waldschularzt, Herrn Dr. med. J. Meyer, zwecks Untersuchung vorzustellen (2095) am Dienstag, dem 13. Mai, am Mittwoch, dem 14. Mai, am Donnerstag, dem 15. Mai, nachmittags von 5—6 Uhr in der Zentrale vom Roten Kreuz, Schildstraße 10.

### Schwartau.

Sigung des Stadtrats am Donnerstag, dem 13. Mai, abends 7 Uhr, im Schöffengerichtssaal. Kleiniger.



### Wiedereinlegung von Personenzügen.

Von Donnerstag, den 15. ds. Mts. ab verkehren auf unsern Strecken wieder die Personenzüge nach dem Fahrplan vom 1. Oktober v. Js. mit Ausnahme der Züge 675 und 684 sowie 119 und 120. (2100)

Lübeck, den 13. Mai 1919. Direction der Eisen-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft.